

Wifo-Chef Gabriel Felbermayr : „Österreich ist wie ein übergewichtiger Patient“

Der Wirtschaftsforscher über den Zustand der Republik, die irrationale Erregung an der Zapfsäule und wie es sich mit zwei Herzen in der Brust lebt

Quelle: Der Falter, von [Eva Konzett](#)



Die heimischen Wirtschaftsforscher durchleuchten die österreichische Volkswirtschaft regelmäßig. Immer zum Jahreszeitenwechsel präsentieren die Ökonomen vom Wifo und vom Institut für Höhere Studien die Aussichten für das Land. Nach einem zarten Aufschwung zu Beginn des Jahres mussten die Prognosen jetzt nach unten korrigiert werden: Zu unabwägbar sind die Folgen des Krieges im [Iran](#). Wie kann [Österreich](#) sich besser auf solche externen Schocks vorbereiten?

Wifo-Chef Gabriel Felbermayr ist einer der prominentesten Ökonomen des Landes. Er empfängt in seinem Haus im Arsenal. Palisander, Stahl, Mid-Century-Design. Eine Stunde wird er sich Zeit nehmen. Dann wartet schon der deutsche Rundfunk.

Falter: *Herr Felbermayr, der ehemalige Finanzminister Gernot Blümel musste wegen Corona ein fixfertiges Budget in den Mistkübel schmeißen. Wie oft haben denn Ihre Leute in den vergangenen Wochen die Konjunkturprognose angepasst?*

Gabriel Felbermayr: Wir arbeiten nicht mehr mit einer Prognose, sondern mit Szenarien. Wir haben ein Hauptszenario, von dem wir glauben, dass es die höchste Wahrscheinlichkeit hat. Dazu kommen ein optimistisches und ein pessimistisches Szenario. Wir erweitern den Möglichkeitsraum. Es hängt alles davon ab, was am Persischen Golf passieren wird. Wir haben im Dezember noch mit einem Wachstum von 1,2 Prozent gerechnet, jetzt sind wir im Hauptszenario bei 0,9 Prozent. Bitter ist auch: Das BIP berücksichtigt die importierte Inflation nicht, weil es die Produktion im Inland abbildet. Wenn aber importierte Güter wie Erdöl und Erdgas teurer werden, sinkt die Kaufkraft.

[Donald Trump](#) hat die iranische Zivilisation doch nicht in Schutt und Asche gebombt. Die Feuerpause und die Öffnung der Straße von Hormus aber bleiben fragil. Ihre Kollegin [Isabella Weber](#) spricht davon, dass uns überhaupt erst die ersten Schockwellen treffen. Wie schlimm wird es werden?

Felbermayr: Es wird sehr stürmisch bleiben. Wenn die Straße von Hormus dauerhaft geöffnet würde, dann werden die Wellen kleiner werden. So wie es derzeit aussieht, gibt es noch keine Lösung. Zwischendurch hat es ausgesehen, als ob es einen neuen TACO-Moment geben könnte, „Trump Always Chickens Out“, dass Trump also im letzten Moment einen Rückzieher macht. Nun aber sperrt nicht [Teheran](#), sondern [Washington](#) die Meerenge. Und die Bombardements auf den Iran könnten auch jederzeit wieder starten. Immerhin ruhen zurzeit wenigstens die Waffen. Aber wir müssen immer mit einer Eskalation rechnen. Dabei wäre eine rasche Lösung sehr, sehr wichtig für die globalen Energiemärkte und auch für die Welternährung.

Österreich kann diese externen Schocks nicht beeinflussen. Im Alten Testament gibt es das Gleichnis von den sieben fetten und sieben mageren Kühen. Wie gut sind wir auf den nächsten Schock vorbereitet?

Felbermayr: Nicht gut genug. Die letzten sechs Wochen haben doch deutlich gezeigt, dass wir keine Lehren aus der letzten Energiekrise gezogen haben. Wenn wir mit einem blauen Auge davonkommen, dann nicht, weil wir resilient wären. Schauen Sie sich unsere budgetäre Situation an. Die Kuh ist nicht fett. Wir werden von Zinszahlungen erdrückt. Unsere Manövermöglichkeiten sind überschaubar. Man muss auch sagen: Wir machen in manchen Sachen gerade die Rolle rückwärts. Dass etwa die Dekarbonisierung wieder infrage gestellt wird, ist der völlig falsche Schluss aus der Situation. Hätten wir so viele E-Autos wie beispielsweise die Norweger, müssten wir uns jetzt nicht so aufregen, wenn wir an der Zapfsäule stehen.

Die österreichische Bundesregierung hat eine Spritpreisbremse verabschiedet. Ist das der richtige Schritt?

Felbermayr: Man kann ihn gehen, ja. Die heimische Politik hat bei einem solchen Schock von außen nicht so viele Freiheitsgrade. Wir können eben nicht den Krieg beenden. Die Maßnahmen sind immer unvollständig. Ich finde es zu verantworten, wenn die Regierung die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer zurückgibt, das Tanken nicht extra verteuert und damit eben die Inflation nicht antreibt. Dafür wird jetzt die Mineralölsteuer ein bisschen gesenkt. Treffsicher ist das klarerweise nicht. Unternehmen, die die Vorsteuer abziehen können, profitieren auch von der niedrigeren Mineralölsteuer. Und dafür, dass die Politik in die Margen der Hersteller und Tankstellenbetreiber eingreifen will, kriegt die Regierung auch keinen Schönheitspreis. Aber es ist richtig, dass sie versucht, die Inflation nicht durchrauschen zu lassen, so wie es 2022 passiert ist.

Der Bürger ruft beim ersten Auftreten einer Unannehmlichkeit nach dem Staat. Die hohen Spritpreise sind natürlich nicht angenehm, aber für ganz viele, so ehrlich muss man sein, auch nicht existenzbedrohend.

Felbermayr: Das ist so. Dazu kommt, dass die Spritpreise relativ zum allgemeinen Preisniveau gar nicht besonders hoch sind. Es ist halt alles teurer geworden, dummerweise. Aber die Mineralölsteuer ist gemessen an der Kaufkraft so niedrig wie seit 2011 noch nie. Der Preis an der Tankstelle ist – man muss das zur Kenntnis nehmen – ein sogenannter „salienter Preis“. Er wird stark wahrgenommen und ist politisch und emotional aufgeladen. Dass wir uns nun erregen und so tun, als hinge davon das Heil der Gesellschaft ab, verhindert eine vernünftige Wirtschaftspolitik. Aber die Politik kommt nicht daran vorbei. Im großen Deutschland hantiert man mit ähnlichen Maßnahmen.

Man sagt, es müsse besonders weh tun, damit sich etwas ändern kann. Wäre jetzt der Zeitpunkt, Dinge neu zu gestalten? Zum Beispiel sind viele Preise an die Inflation gebunden, die Mieten, die Löhne ...

Felbermayr: Wir müssen diese Indexierungslogik brechen. Es geht auch um Versicherungsprämien, öffentliche Gebühren und Sozialleistungen (die Anbindung wurde mit 1. Jänner 2026 teilweise ausgesetzt, Anm.). Als Ökonom wünsche ich mir, dass möglichst viele Menschen gut leben können, hohe Reallöhne, hohe Pensionen und einen hohen Realwert der Sozialleistungen haben. Die Frage ist, ob wir uns das leisten können. Vor allem, weil wir die Inflation derzeit importieren. Es sind aber die Preise im Inland, die die Wertschöpfung bestimmen. Sie zeigen an, was der Staat tatsächlich an Einnahmen hat und was Unternehmen durch ihre Erlöse bei Lohnverhandlungen auch verteilen können. Wir vom Wifo schlagen daher

seit längerem vor, dass man sich nicht nur an der Inflation orientiert, sondern auch am sogenannten BIP-Deflator. Das klingt jetzt sehr technisch, ist aber simpel: Der BIP-Deflator misst nicht den Preis des Warenkorb, den wir konsumieren, sondern den Preis des Warenkorb, den wir produzieren. Wir dürfen nicht in die Falle von 2023 und 2024 gehen, wo man durch die Anbindung an die Inflation viele Leistungen stark erhöht hat – stärker, als wir es uns leisten können. Siehe Budget, das dann aus dem Ruder lief. Siehe Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die in Kernmärkten tatsächlich verloren haben.

Der Brandbeschleuniger 2023 bestand darin, dass der hohe Gaspreis den Strompreis antrieb. Das lag am Preisfindungsmechanismus, der sogenannten Merit-Order. Demnach bestimmt das letzte Kraftwerk, das zur Versorgung notwendig ist, den Preis für den gesamten Strom. Wenn es nun ein Gaskraftwerk war, war der Strom sehr teuer, auch wenn die Wasserkraftwerke Strom sehr billig herstellen können. Wieso ändert man diese Merit-Order nicht?

Felbermayr: Die Experten hier im Wifo haben vorgeschlagen, dass man ab einem Schwellenwert – sagen wir einem Gaspreis von 60 oder 70 Euro pro Megawattstunde – bei Stromerzeugern, die keine fossile Energie einsetzen, die CO₂-Bepreisung abzieht. Das klingt sehr kompliziert, aber im Grunde geht es darum, dass man diese „Übergewinne“ etwa der Wasserkraftunternehmen abschöpft – aber regelbasiert und geplant, nicht mit Ad-hoc-Politik. Ein zweites Element bestünde darin, sich genauer anzuschauen, wie der Großhandelspreis für Gas zustande kommt. Als er im Sommer 2022 auf 300 Euro pro Megawattstunde stieg, konnten wir das mit unseren Rechenmodellen nicht erklären. Da war ein großes spekulatives Moment dabei. Die Gasbörse, die den Preis bestimmt, ist nicht sehr liquide, da gibt es nur wenige Marktteilnehmer. Ein einzelner Akteur könnte dann aber den Preis beeinflussen. Da müsste man sich überlegen, was man tun kann, um solche spekulativen Übertreibungen gar nicht erst zuzulassen. Man könnte auch überlegen, Stromkontingente, die nur dazu dienen, die Spannung im Netz zu stabilisieren, speziell zu bepreisen. Es ist eigentlich ein Wahnsinn, dass wir zu diesen Fragen nicht längst Lösungen haben. Wir hätten seit 2022 Zeit gehabt.

Man hat oft das Gefühl, dass viele Maßnahmen hierzulande nicht gehen, einfach weil niemand sich drüber traut. Aber in der Schweiz greift die Politik selbstverständlich in die Preise ein. In den [USA](#) müssen Arbeitgeber mehr Lohnnebenkosten bezahlen, wenn sie ständig ihre Arbeitnehmer feuern. In Deutschland gibt es keine Mehrwertsteuer auf Mieten und jetzt wird darüber nachgedacht, die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel auf null zu senken. Das sind jetzt alles keine Länder, die am Rande des Staatssozialismus stehen. Warum tut sich Österreich so schwer, aus dem Bekannten auszurechnen?

Felbermayr: Das ist in allen Ländern schwierig, Österreich ist da keine Ausnahme. In den genannten Beispielen könnte Österreich sich tatsächlich an den anderen orientieren. Zum von Ihnen genannten Experience Rating in der Arbeitslosenversicherung hat das Wifo einige Vorschläge gemacht. Gleichzeitig gibt es auch umgekehrte Fälle, in denen andere Länder von Österreich lernen könnten – etwa im Pensionssystem, wo die Pensionen an die Inflation gekoppelt sind. Das ist oft stabiler und nachhaltiger als die in Deutschland übliche Kopplung an die Lohnentwicklung. Es geht weniger um spezifische „Fehler“ einzelner Länder, sondern um allgemeine institutionelle Trägheit, die überall vorkommt.

Auch ohne den Krieg im Iran steht Österreich vor großen Reformen. Der Staat muss jährlich rund 33 Milliarden Euro ins Pensionssystem einzahlen – dieser Betrag hat sich in den letzten zwölf Jahren fast verdreifacht. Schränkt das den Handlungsspielraum nicht enorm ein?

Felbermayr: Ja, das tut es. Die gute Nachricht ist, dass sich der demografische Druck in den 2030er-Jahren etwas abschwächen wird, weil dann weniger Menschen in Pension gehen.

Allerdings verschiebt sich das Problem in das Gesundheits- und Pflegesystem. Deshalb braucht es dort jetzt Reformen, um mit den eingesetzten Mitteln bessere Leistungen zu erzielen und Effizienzpotenziale zu nutzen, ohne die Versorgung zu verschlechtern. Beim Pensionssystem wird man auch über eine Anpassung des gesetzlichen Antrittsalters sprechen müssen – nicht als einzige Maßnahme, aber als zentraler Bestandteil einer Reform. Sie muss auch Gesundheit und Prävention einbeziehen. Wenn länger gearbeitet werden soll, muss zugleich sichergestellt werden, dass Menschen im Alter auch gesund bleiben. Hier gibt es in Österreich noch deutliche Defizite.

Österreich kommt einem vor wie ein Patient, der auf dem Bett liegt, der beigezogene Arzt hätte gute Vorschläge, aber der behandelnde Arzt – die Regierung – sagt immer: Ein andermal.

Felbermayr: Die fachliche Expertise liegt bei den Wirtschaftsforschern. Der Patient ist die Politik samt den Wählern. Es ist wie beim Hausarzt: Da kommt der übergewichtige Patient und der Arzt sagt: „Du musst ein bisschen weniger Bier trinken.“ Der Patient hat gute Vorsätze, hält sie aber nur drei Wochen durch, bis er in alte Verhaltensmuster verfällt. Ich halte wenig vom Politiker-Bashing, wenn die Bevölkerung ebenso wenig mitzieht. Mir scheint, in Österreich will niemand wirklich eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Pensionsreform.

Mehrere Politiker, darunter der österreichische Kanzler [Christian Stocker](#) und der deutsche Kanzler Friedrich Merz, fordern, den europäischen Emissionshandel ETS, also die Bepreisung des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen, abzuschwächen. Macht das Sinn?

Felbermayr: Der Emissionshandel ist der Leitstern der europäischen Klimapolitik. Es geht dabei nicht nur um einen Handel – das ist irreführend –, sondern um eine Mengengrenzung, auf Englisch Cap. Die Politik legt eine Obergrenze für CO₂-Emissionen fest – und nur innerhalb dieser Grenze gibt es handelbare Rechte. Ohne diese Cap-Funktion gäbe es auch keinen funktionierenden Preis. Der Staat setzt die Menge fest, der Markt bestimmt, wo am günstigsten eingespart wird. Das ist eine sehr effiziente Konstruktion. Deshalb sollten wir davon ja nicht abrücken. Wir müssen das System erweitern und vereinheitlichen. Für das Klima ist es egal, ob CO₂ aus dem Heizkessel oder der Industrie kommt. Letztlich müssten wir auch die Landwirtschaft miteinbeziehen. Theoretisch würde das in Richtung eines sehr umfassenden CO₂-Preises gehen, der allerdings – je nach Modell – sehr hoch liegen müsste. Genau hier liegt aber das politische Problem: Ein CO₂-Preis in einer Größenordnung, die klimapolitisch eigentlich notwendig wäre, wäre gesellschaftlich schwer durchsetzbar. Wenn man den Menschen sagt, dass Heizen, Tanken oder Lebensmittel dadurch deutlich teurer werden, stößt das schnell an Akzeptanzgrenzen. Insofern haben auch Stimmen wie jene von Kanzler Stocker oder Bundeskanzler Merz einen Punkt, wenn sie vor einer zu schnellen Ausweitung oder zu starken Preissteigerungen warnen. Es wäre sinnvoll, neben der CO₂-Bepreisung auch andere Instrumente und Anreizpakete zu entwickeln, damit die Klimaziele erreicht werden, ohne dass der Preis allein die volle Last tragen muss.

Zum Beispiel?

Felbermayr: Man könnte grüne Leitmärkte festsetzen. Über öffentliche Beschaffung könnte man vorgeben, dass in bestimmten Bereichen ein Mindestanteil an grünem Stahl verwendet wird. Dadurch entsteht frühzeitig Nachfrage für klimafreundliche Produkte, die am Anfang teurer sind, aber durch Skaleneffekte und Markteintritt neuer Anbieter günstiger werden können. Wir brauchen auch Subventionen für klimafreundliches Verhalten, finanziert aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung. So entsteht eine Art doppelte Dividende. Ansonsten geht nämlich Vertrauen verloren. Denn wenn die Einnahmen nicht sichtbar zurück in die Transformation fließen, entsteht der Eindruck reiner Belastung.

Der ETS ist das eine, seit 2026 ist außerdem ein Instrument in Kraft, das kaum jemand kennt, aber den ETS entscheidend flankiert: der Grenzausgleichsmechanismus, in Brüssel-Sprech CBAM genannt. Er besteuert Produkte aus Drittstaaten, die klimaschädlich produziert wurden. Wie wichtig ist er?

Felbermayr: Dieser CO₂-Grenzausgleich ist zentral dafür, dass CO₂-Preise in [Europa](#) überhaupt in einer politisch tragfähigen Höhe wirken können. Ein Preis von etwa 300 Euro pro Tonne ohne Grenzausgleich wäre kaum vorstellbar – die energieintensive Industrie würde sonst abwandern, und man würde sich stark von ausländischer Produktion abhängig machen. Allerdings braucht der CBAM sehr präzise Informationen: Man müsste den CO₂-Gehalt der heimischen Produktion genau kennen, um Exportentlastungen korrekt zu gestalten und gleichzeitig den CO₂-Gehalt importierter Produkte über die gesamte Lieferkette hinweg zu erfassen. Hier entstehen große Informations- und Messprobleme. Das aktuelle Design des CBAM adressiert diese Herausforderungen nur unvollständig. Wir fordern – ebenso wie deutsche Kollegen –, das System anders zu gestalten: etwa durch kostenlose Zuteilung von Zertifikaten für die Industrie, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, kombiniert mit einer Verbrauchsabgabe auf CO₂-intensive Güter, unabhängig davon, ob sie im Inland oder im Ausland produziert wurden.

Nur weil es mehr Europäer als Amerikaner gibt, haben wir noch lange keinen großen Binnenmarkt. Das ist Selbstbetrug

– GABRIEL FELBERMAYR

Die große Frage zum Schluss. Die EU zeigt immer bedeutungsvoll und stolz auf den eigenen Binnenmarkt. Mittlerweile sind die Europäer aber eigentlich überall Zaungäste. Was die technologische Entwicklung betrifft, sind die USA und China längst an ihnen vorbeigezogen. Geopolitisch kann Europa – siehe Iran – höchstens die Scherben anderer aufkehren. Und jetzt will die Welt nicht mehr unsere Maschinen kaufen. Worauf steuern wir zu?

Felbermayr: Nur weil es mehr Europäer als Amerikaner gibt, haben wir noch lange keinen großen Binnenmarkt. Das ist Selbstbetrug. Denn die innereuropäischen Grenzen fragmentieren den Binnenmarkt so stark, als gäbe es Zölle von rund 20 Prozent. Wir müssten deshalb alles dafür tun, den Binnenmarkt tatsächlich zu vollenden – im Bereich Energie, Digitales, Finanzmärkte und auch am Arbeitsmarkt. Auch für die Finanzierung von Innovationen. Wir setzen sonst unser Wohlstandsmodell aufs Spiel.

Sie sind seit kurzem deutscher „Wirtschaftsweise“, beraten also die österreichische und die deutsche Regierung. Welches Herz schlägt stärker in der Brust?

Felbermayr: Ich spüre nicht zwei Herzen. Dafür sind die Problemlagen in Österreich und Deutschland zu ähnlich. Interessengegensätze gibt es in wenigen Bereichen. Dann etwa, wenn die Deutschen Sonderregelungen für Durchleitungsgebühren im Gasmarkt fordern. Deutschland

ist anders gefordert, schon wegen seiner schieren Größe. Wenn Milliarden in den Brenner-Basistunnel investiert werden, aber die Zulaufstrecken in Deutschland fehlen, bleibt das ein unvollendetes Projekt. Es kommt also stark auf Deutschland an, mehr als auf Österreich.

Weil wir so klein sind?

Felbermayr: Ja, gewissermaßen haben wir da Glück. Wenn wir säumig sind, spüren es die anderen nicht so sehr.

Wirtschaftswachstum

2026 soll die Wirtschaft je nach Szenario zwischen 0,2 und 1,1 Prozent wachsen

Im selbe Zeitraum liegt die Inflation zwischen 2,5 und 4,1 Prozent

Arbeitslosigkeit

Diese wird heuer zwischen 7,3 und 7,5 Prozent betragen